

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:237560-2018:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Niebüll: Planung von Rohrleitungen
2018/S 104-237560**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Breitband-Zweckverband Nordfriesland-Nord

Marktstraße 12

Niebüll

25899

Deutschland

Kontaktstelle(n): Amt Südtondern, z. Hd. Frau Maren Christiansen

Telefon: +49 4661601221

E-Mail: info@breitband-zweckverband-nf-nord.de

Fax: +49 466160167221

NUTS-Code: DEF07

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.breitband-zweckverband-nf-nord.de

I.2) Informationen zur gemeinsamen Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: www.breitband-zweckverband-nf-nord.de

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5) Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Breitbandversorgung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Planungsleistungen Breitbandversorgung

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71322200 - JA24 - JA10

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Der Breitband-Zweckverband Nordfriesland-Nord beabsichtigt in den weißen NGA-Flecken des Verbandsgebiets den Aufbau einer passiven Breitbandnetz-Infrastruktur, die im Betreibermodell verpachtet wird. Ein Betreiber ist bereits ausgewählt. Das Projekt beruht auf einer Förderung gem. Breitbandrichtlinie des Bundes.

Gegenstand des Auftrags sind Planungsleistungen für die Herstellung des passiven Breitbandnetzes in den weißen NGA-Flecken des Verbandsgebiets auf der Grundlage einer bereits vorliegenden Strukturplanung, beginnend mit der Vorbereitung der Genehmigungsplanung. Das Leistungsbild ergibt sich aus dem Vertragstext und der Leistungsbeschreibung. Der Auftrag unterliegt preisrechtlich nicht der HOAI, diesbezügliche Leistungsbilder sind nur nachrangig und analog für den Umfang von Leistungspflichten relevant (vgl. näher Vergabeunterlagen).

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 1 380 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEF07

Hauptort der Ausführung:

Verbandsgebiet des Breitband-Zweckverbands Nordfriesland-Nord

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Siehe II.1.4. Der Auftrag umfasst die Planungsleistungen ab Vorbereitung der Genehmigungsplanung. Die Vergabe erfolgt unter dem Vorbehalt stufenweiser Beauftragung nach näherer Maßgabe des Vertragsentwurfs.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 1 380 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 24

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Die Angabe zur Laufzeit beruht auf einer groben Schätzung der Planungs- und Bauzeit (und unterstellt die Beauftragung der Bauüberwachung). Die Laufzeit des Vertrages richtet sich nach dem Umfang der stufenweisen Beauftragung, den vereinbarten Terminzielen und dem Verlauf der Baumaßnahme.

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Sind mehr als fünf geeignete Bewerber vorhanden, behält sich der Auftraggeber eine Begrenzung der Zahl der Bewerber vor, ein Anspruch auf die Begrenzung des Bewerberfeldes oder dessen maximale Größe besteht jedoch nicht. Eine strikte Höchstzahl wird nicht bereits jetzt festgelegt, sondern in Abhängigkeit von den

Angaben in den Bewerbungen und deren Bewertung nach den Auswahlkriterien. Die Auswahlkriterien sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen zu entnehmen (vgl. Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.5).

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**
Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Auftragsvergabe erfolgt unter dem Vorbehalt der stufenweisen Beauftragung. Die fest beauftragte Auftragsstufe 1 umfasst die Leistungen von Einarbeitung/Vorbereitung der Genehmigungsplanung bis zur Mitwirkung bei der Vergabe der Bauleistungen. Die optionale Auftragsstufe 2 umfasst die Leistungsphasen der Bauüberwachung (Bauoberleitung u. örtl. Bauüberwachung einschl. Dokumentation). Der Abruf kann auch jeweils auf einzelne Leistungsphase aus den Auftragsstufen oder Leistungen für Bauabschnitte beschränkt werden. Für die Baumaßnahme sind Bauabschnitte (Ausbacluster) vorgesehen.

Vorbehalten bleibt ferner die Beauftragung zusätzlicher oder geänderter Leistungen für die Planung der Baumaßnahme nach Erfordernis, Einzelheiten sind dem Vertragsentwurf zu entnehmen.

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Bedingungen:

EK-I. Wirksame Gründung;

EK-II. Erlaubnis zur Berufsausübung;

EK-III. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen.

Einzelheiten sind aus Platzgründen in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.4), geregelt und zu beachten!

Hierzu geforderte Eigenerklärungen und Nachweise:

PL1 Unternehmensprofil;

PL2 Keine Straftaten;

PL3.1 Eigenerklärung Steuern und Abgaben;

PL3.2 Nachweis Sozialversicherungsbeiträge;

PL4.1 Eigenerklärung Umwelt-, Sozial-, Arbeitsrecht;

PL4.2 Eigenerklärung AEntG, MiLoG;

PL4.3 Eigenerklärung TTG-Auftragssperre;

PL5 Keine Insolvenz o. Ä.;

PL6 Keine schweren Verfehlungen;

PL7 Keine Vertragsverletzungen.

Einzelheiten zu PL1 bis PL7 sind in den Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.4) geregelt und zu beachten!

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Kriterien:

EK-IV. Haftpflichtversicherung;

EK-V. Größenordnung Gesamtumsätze;

EK-VI. Größenordnung Umsätze im Tätigkeitsbereich des Auftrags.

Einzelheiten sind aus Platzgründen in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.4), geregelt und zu beachten!

Hierzu geforderte Eigenerklärungen und Nachweise:

WL1: Haftpflichtversicherung,

WL2: Gesamtumsatz,

WL3: Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags.

Einzelheiten zu WL1 bis WL3 sind in den Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.4) geregelt und zu beachten!

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Kriterien:

EK-VII. Berufliche Erfahrung/Referenzen;

EK-VIII. Personalstärke;

EK-IX: Berufsqualifikation als beratender Ingenieur.

Einzelheiten sind aus Platzgründen in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.4), geregelt und zu beachten!

Hierzu geforderte Eigenerklärungen und Nachweise:

TL1: Referenzliste,

TL2: Angaben der Zahl der Beschäftigten und Führungskräfte,

TL3: Erklärung zur Berufsqualifikation.

Einzelheiten zu TL1 bis TL3 sind in den Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.4) geregelt und zu beachten!

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu EK-IX: Berufsqualifikation als beratender Ingenieur/beratende Ingenieurin gem. näherer Beschreibung in Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen).

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

1) Beachtung der Tariftreuepflicht bzw. Pflicht zur Zahlung des vergabespezifischen Mindestlohns (9,99 EUR/h) nach § 4 Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein (TTG), Einräumung der im TTG vorgesehenen Rechte (Vertragsstrafe, Kündigungsrechte, Prüfungsrechte) zu Gunsten des Auftraggebers und der zuständigen Behörden. Verpflichtungserklärungen nach dem TTG sind mit dem Angebot einzureichen (also noch nicht mit dem Teilnahmeantrag, nicht zu verwechseln mit der Eigenerklärung III.1.1 PL4.3, die mit dem Teilnahmeantrag einzureichen ist!).

2) Bei der Vergabe von Unteraufträgen an Nachunternehmer und bei der Beschäftigung von Leiharbeitskräften hat der Auftragnehmer die Verpflichtungen aus § 9 Abs. 3 TTG zu beachten (Hinweis auf den Charakter als öffentlicher Auftrag, Erklärungspflichten zu Tariftreue/Mindestlohn, keine ungünstigeren Bedingungen hinsichtlich der Zahlungsweise).

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 03/07/2018

Ortszeit: 12:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 17/07/2018

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/11/2018

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Das Verfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 119 Abs. 2 und 5 GWB, § 14 Abs. 3 VgV, § 17 VgV geführt.

Es sind zunächst Teilnahmeanträge zu stellen, denen die geforderten Erklärungen/Nachweise zur Eignung beizufügen sind (vgl. oben III.1 sowie die öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen). In den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen sind auch Einzelheiten zum Teilnahmewettbewerb beschrieben. Während des Teilnahmewettbewerbs werden ggf. Antworten auf etwaige Fragen an der unter I.3 genannten Internetadresse veröffentlicht. Interessierte sollten die Seite regelmäßig prüfen. Mit den Vergabeunterlagen stellt der Auftraggeber unter derselben Internetadresse auch Formulare für den Teilnahmeantrag bereit, deren Verwendung empfohlen wird, soweit keine nachgewiesene Zertifizierung oder eine EEE vorgelegt wird.

Die im Teilnahmewettbewerb nach Maßgabe der Eignung und ggf. der Auswahlkriterien ausgewählten Teilnehmer werden nach dem Teilnahmewettbewerb gesondert zur Angebotsabgabe aufgefordert. Ein Zuschlag auf ein Erstangebot ist vorbehalten.

Teilnahmeanträge und Angebote sind schriftlich abzugeben. Elektronische Teilnahmeanträge und Angebote sind unzulässig.

Für die sonstige Kommunikation ist zu beachten, dass E-Mails nicht den Anforderungen von § 11 Abs. 2 VgV an Vertraulichkeit und Sicherheit genügen. Regelungen zu den Kommunikationsformen und insbes. zum Versand geschützter E-Mails finden sich in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument „Bewerbungsbedingungen“, Abschnitt IV.2 c.)).

Die aufgeforderten Bieter haben mit der Angebotsabgabe (noch nicht mit dem Teilnahmeantrag) für sich und ihre Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften, soweit bei Angebotsabgabe bereits bekannt, die gemäß § 4 TTG erforderlichen Verpflichtungserklärungen (Tariftreue bzw. Zahlung des vergabespezifischen Mindestlohns von 9,99 EUR/h) abzugeben. Das entsprechende TTG-Formblatt 2 wird mit den Vergabeunterlagen bereitgestellt. Hinweis: Von der Verpflichtungserklärung ist die Erklärung zur TTG-Auftragssperre (PL4.3) zu unterscheiden, die schon mit dem Teilnahmeantrag abzugeben ist.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 94
Kiel
24105
Deutschland
Telefon: +49 4319884640
E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de
Fax: +49 4319884702

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer und dem Vergabesenat (§§ 155 ff. GWB).

Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein etwaiger Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, wobei der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB unberührt bleibt;
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Der Auftraggeber ist zur Absendung einer Bieterinformation spätestens 10 Tage vor Zuschlagserteilung verpflichtet (§ 134 GWB).

Nach Zuschlagserteilung (Vertragsschluss) ist ein Nachprüfungsantrag nicht mehr zulässig. Ausgenommen hiervon sind Anträge auf Feststellung einer Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 GWB, also wegen Verletzung der vorgenannten Pflicht zur Bieterinformation und Einhaltung der Wartefrist gem. § 134 GWB oder wegen unzulässiger Vergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der EU. Solche Anträge auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages sind nach § 135 Abs. 3 GWB nur innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags zulässig, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung dieser Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
31/05/2018